

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Abzugspreis: 100 Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle: Augustenstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18691  
Erscheinenszeiten: Montage von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Monatszeitschrift oder deren Raum 0,35 RM, im Jahresabonnement 3,50 RM für die Anzeigenzeitung einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Oberbahnhoftstraße 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Abonnements

6. Jahrgang Dresden, Freitag den 11. April 1930 Nummer 86

## Böchel und Büniger verhandeln

Große Koalition der „Linken“ mit den Scharfmachern des Bürgerblods — Die Nazis abermals für Schied

Dresden, den 11. April 1930.

Die bürgerliche Presse berichtet, daß gestern während der sächsischen Landtagsverhandlungen geheime Besprechungen zwischen Böchel (SPD), Büniger (Volkspartei) und einem demokratischen Unterhändler über die Bildung der Großen Koalition stattgefunden haben. Gleichzeitig weiß das „Berliner Tageblatt“ heute morgen, wohl in der richtigen Einschätzung der gestern stattgefundenen Verhandlungen, mitzuteilen, daß die „Vermittlungsaktion“, die die Demokraten zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten eingeleitet haben, jetzt soweit vorgeschritten sind, daß von keiner Seite mehr ernsthafte Gegenbestrebungen gegen die Große Koalition zu erwarten sind.

### Eisenbahnerforderungen von der SPD niedergestimmt!

Eine bedeutsame Landtagsitzung

Diese Koalitionsverhandlungen zeigen wohl überzeugender als alles andere die betrügerische Scheinopposition der sozialdemokratischen Führerschaft gegen den Bürgerblod und seine treibende Kraft, die schwerindustrielle Volkspartei. Zur gleichen Zeit, da unter deren Führung im Reichstag Steuer- und Zollgesetze durchgepeitscht werden, deren Höhe in die Milliarden gehen, da der Angriff zur weitestgehenden Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge vom Bürgerblod in breiter Linie vorgetragen wird, sitzen die „Linken“ am Verhandlungstisch mit eben denselben Scharfmachern, die im Brüning-Kabinett das Steuer führen.

In welcher Richtung der Kurs der Großen Koalition in Sachsen durchgeführt werden soll, dafür gab die heutige Landtagsitzung schon ein anschauliches Beispiel. In einem kommunistischen Antrag über die Abbau- und Sparmaßnahmen im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden wie überhaupt im Reich, deren tausende Eisenbahner zum Opfer fallen sollen, wurde gefordert:

1. Sofort die Arbeitszeit auf 7 Stunden den Tag und 40 Stunden die Woche (bei vollem Lohnausgleich) zu reduzieren.
2. Beseitigung des Niederlohnabkommens und der Dienstbauernvorschriften.

2. Sofortige Einstellung des Personalabbaus und Rückgängigmachung bereits getätigter Entlassungen.

Bei der Abstimmung über diesen kommunistischen Antrag stimmte die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Deutschnationalen, der Volkspartei, den Landhändlern und den übrigen bürgerlichen Parteien die Forderungen der Eisenbahner nieder. Ein ähnliches Beispiel eines sächsischen Koalitionsbündnisses zwischen der SPD-Bürokratie und den sächsischen Scharfmachern erlebten wir jüngst auf der sächsischen EWG-Konferenz, wo Tarnow ohne Widerspruch der „Linken“ ausdrücklich erklärte, daß man gegenwärtig keine Arbeitskämpfe führen könne. Die Nichtkündigung der Hungerlöhne ist die Praxis einer solchen Erklärung.

Es versteht sich, daß die Nationalsozialisten bei der gestrigen Abstimmung zur Ministerpräsidentenwahl abermals für den sozialparteilichen Kandidaten und Verteidiger des Youngplans, Herrn Schied, stimmten. Der Wettlauf zwischen den Sozial- und Nationalsozialisten um die Regierungselfen, sich als Einseitiger des Youngplans auch offen in einer Regierung der Trustkapitalisten zu bewähren, ist offenbar.

Die sächsischen Arbeiter müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Die sozialdemokratischen Arbeiter insbesondere müssen zwischen den radikalen Forderungen ihrer Führer und ihren reaktionären Taten unterscheiden und handeln. Nicht mit den Kapitalisten der Volkspartei, nicht auf dem Wege der Großen Koalition und parlamentarischer Scheinmanöver wird der Bürgerblod gestürzt, nur durch Einigung der „Arbeiterparlamentarischen Kampftruppe des Proletariats, im Kampf um Lohn und Arbeit, um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Diese Einheitsfront unter revolutionären Lösungen muß sich am 1. Mai manifestieren, indem die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern unter den Fahnen der Kommunistischen Partei marschieren.

## Erwerbslosenunterstützung auf Kosten der Unternehmer abgelehnt

KPD-Antrag von der gesamten SPD-Reichstagsfraktion niedergestimmt

Berlin, 10. April. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem am Mittwoch im Plenum des Reichstages der Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Finanzreform in erster Lesung erledigt wurde, fanden Donnerstag im Sozialpolitischen Ausschuss Artikel 1 und 2, die sich mit der Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung beschäftigen, zur Debatte. Es ist der Entwurf, der noch von der Koalitionsregierung Müller ausgearbeitet wurde und von dem der jetzige Finanzminister Heilmann erklärt, daß die Regierung Brüning nicht mehr hinter ihm stehe. In Hermann Müllers Vorlage wird eine Erhöhung der Beiträge auf 4 Proz. gefordert und der Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, der Reichsregierung Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu machen.

Im Ausschuss liegen die Sozialdemokraten durch Kaufhäuser und Willkell erklären, daß sie nach wie vor hinter diesem Entwurf stehen.

Entsprechend Moldenhauers Ankündigung wurde von den jetzigen Regierungsparteien ein neuer Antrag dem Ausschuss vorgelegt. Dieser Antrag sieht die Beibehaltung des jetzigen Beitrages von 3 1/2 Prozent bis auf weiteres vor, sowie die Festlegung eines Reichszuschusses für das Rechnungsjahr 1930 in der Höhe von 150 Millionen. Um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern soll der Vorstand die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen treffen. Für die kommunistische Fraktion sprach der Genosse Schröder, der nachwies, daß beide Vorlagen auf einen Beitrag an den Arbeitslosen hinauslaufen. Eine Sanierung der Kassenlage der Reichsanstalt wird mit voller Abicht nicht herbeigeführt, und dadurch werden dem Unternehmertum neue Möglichkeiten gegeben, die Hege gegen die Arbeitslosenversicherung mit dem Ziel des Leistungsabbaus durchzuführen. Genosse Schröder weist den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien an Hand ihrer eigenen Argumentation nach, daß die Durchschnittszahl der Hauptunterstützungsempfänger mit 1,2 Millionen viel zu gering eingeschätzt und dadurch auch der alte Regierungsvorschlag im Grunde dem Brüning-Kompromiß gleichkommt. An Hand der Ausführungen von Pfeffer begründet der kommunistische Redner den Antrag:

„Die für die Versicherung benötigten Mittel werden durch die Unternehmer im Umlageverfahren entsprechend dem Wert der Produktionsmittel und der Jahresproduktion aufgebracht.“

Genosse Schröder begründete diesen kommunistischen Antrag mit der Feststellung, daß die Erwerbslosen lediglich Opfer der kapitalistischen Nationalisierung sind. An dieser Nationalisierung verdienen die Unternehmer gewaltige Summen, daher müsse es selbstverständlich sein, daß die Unternehmer auch die Summen für die Arbeitslosenversicherung selbst beisteuern und nicht die Opfer der Nationalisierung.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion wird mit allen Stimmen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen abgelehnt.

### Die Betriebsrätewahlen in Sachsen

Ergebnisse und Lehren

Von Herbert Wehner

Das endgültige Ergebnis der Betriebsrätewahlen liegt noch nicht vor. Die Wahlen bei der Reichsbahn finden erst in einigen Wochen statt, so daß deren Ergebnisse bei der Betrachtung noch nicht mit gewertet werden können. Aus den Ergebnissen und Berichten von 137 Betrieben lassen sich jedoch schon die notwendigen Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit ziehen.

Gegenüber dem Jahre 1929 zeigen die Betriebsrätewahlen einen erfreulichen Formarsch. Abgesehen von den Eisenbahnerbetrieben, wurden 1929 in Sachsen knapp 20 rote Listen aufgestellt. In diesem Jahre sind es höher 140. Mit viel größerer Initiative wurde in diesem Jahre die Arbeit zu den Betriebsrätewahlen aufgenommen. Die Praxis der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Kollaborateure in den Betrieben einerseits, die umfällende Mobilisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition andererseits haben erreicht, daß die Bedeutung der Betriebsrätewahlen von viel größeren Arbeitermassen erkannt wurde als früher. Schon die Auffstellung der Listen, die der Wahl vorausgehende Mobilisierung (Reichstagswahl, Landestagswahl der KPD) stellen einen entscheidenden Durchbruch durch den reformistischen Wall dar. An entscheidend wichtigen Stellen wurde der Kampf um die Betriebsrätewahlen ausgetragen. Die Ergebnisse zeigen, daß dort, wo die KPD ohne Schwanzen die Linie des Landestagessieges einhielt, Erfolge erzielt werden konnten.

Das bisher vorliegende Gesamtergebnis zeigt folgendes Bild:

- In 125 Betrieben stimmten 32 161 Arbeiter für die roten Listen, die 549 Sitze erhielten.
- Der SPD fielen in diesen Betrieben 29 025 Stimmen und 382 Sitze zu.
- Die gelben Verbände erhielten 1064 Stimmen und 11 Sitze.
- Die Christen gingen mit 1380 Stimmen und 5 Sitzen aus dem Kampf.
- 18 Stimmen entfielen auf eine Liste der Christenradikalen Richtung.
- Von 12 Betrieben mit circa 4250 Beschäftigten liegen zwar die Zahlen der Sitze, nicht aber die Abstimmungsverhältnisse vor. Es erhielten in diesen 12 Betrieben die KPD 48, die SPD 20, die gelben Verbände einen Sitz.

Dieses Ergebnis ist von außerordentlicher Bedeutung. Es ist ein neuer Beweis dafür, daß bei richtiger Arbeit der Einfluß der KPD und der RGO in den Betrieben steigt, trotz Nationalisierungsentscheidungen, trotz Wagnisregierungen. Die Lehren der SPD, daß die KPD die Partei der Unorganisierten und der Erwerbslosen sei, wird durch unseren Sieg bei den Betriebsrätewahlen erneut widerlegt.

Die Zusammenlegung der Gesamtzahl der Betriebe nach Industriegruppen liefert ein anschauliches Bild von unseren Stärken und Schwächen. Zur Metallindustrie gehören 58, zur Textilindustrie 37 Betriebe, 15 Gemeindebetriebe und weitere, unter ihnen sind Gaswerke, Straßenbahnbetriebe, Elektrizitätswerke u. a. Sehr schwach vertreten sind die chemische, die Glas-, und die keramische Industrie, die zusammen nur fünf Betriebe stellen. Auch die Lebensmittelindustrie mit vier und die Zigarettenindustrie mit zwei Betrieben sind schwach vertreten. Dasselbe gilt für die Zahl der Papierbetriebe. Es liegen bisher sechs Ergebnisse aus der Papierindustrie vor. Zwar sind das Ergebnisse von den ausschlaggebenden Betrieben, aber die Zahl ist entsprechend den gegebenen Betrieben zu gering. Im Bergbau standen in drei wichtigen Betrieben rote Listen im Kampf in der Holzindustrie liegen bisher aus vier Großbetrieben Ergebnisse vor.

Unter Vorzeichen ist unbestreitbar die Fragestellung der roten Kandidaten, Massenentlassungen, Ausschluss und Spaltungsterror der Gewerkschaftsbürokratie waren nicht imstande, ihn anzukurbeln. Gerade dort, wo der Kampf der Unternehmer und der Bürokratie am heftigsten tobte, demonstrierten die Arbeiter ihr Vertrauen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition. Viele Wahlen begriffen, daß es notwendig ist, sich für die Gewerkschaftsopposition zu entscheiden, um den Kampf gegen die Youngplanerei führen zu können.

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die den Betrieb unternahm, die Erfolge der RGO zu vertiefen, hat als Antwort auf den Vorstoß der KPD bereits ihre Infiltration zu Kollaborateuren ausgedehnt. Sie gibt damit indirekt, aber sehr unweidlich zu, daß ihr das Anwachsen der Opposition hart zu schaffen macht. Das Anwachsen der KPD kann nicht geleugnet werden.

Wir sind gewöhnt, nicht nur die Erfolge zu konstatieren, sondern gründlich nach den vorhandenen Schwächen zu forschen. Das ist notwendig zur Klärung der errungenen Positionen.